

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Peter Paziorek, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Klaus Brähmig, Matthias Wissmann, Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Christian Ruck, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU**

### **zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler Den Opfern helfen – Gemeinsinn stärken: Maßnahmen zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag zollt allen vom Hochwasser betroffenen Menschen, die sich den immensen Herausforderungen und Belastungen mutig und engagiert stellen, großen Respekt und Hochachtung. In der Not zeigen die Deutschen ein großes und beispielgebendes Maß an Gemeinsinn. Dies gilt nicht nur für die unmittelbar betroffenen Regionen sondern für ganz Deutschland.

Der Deutsche Bundestag dankt allen Menschen, die uneigennützig und sofort helfend zugepackt haben. Dass und wie gerade junge Menschen sich engagiert haben und noch engagieren, ist ein besonders ermutigendes Zeichen.

Der Deutsche Bundestag dankt den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz wie auch der Polizei und allen Institutionen und Organisationen, die mit ihren Mitgliedern und technischen Möglichkeiten seit vielen Tagen rund um die Uhr im Einsatz sind. Hier zeigt sich die beeindruckende Stärke unserer ehrenamtlichen Strukturen.

Der Deutsche Bundestag dankt den Unternehmen, die durch Freistellung ihrer Arbeitnehmer für die ehrenamtlichen Organisationen und darüber hinaus ihren Beitrag leisten, wie auch den Menschen, die mit ihren großzügigen Spenden materielle Hilfe leisten und schon geleistet haben.

In den Dank sind auch die Hilfe und Unterstützung unserer Freunde und Partner in Europa und in aller Welt eingeschlossen.

Die Hochwasserereignisse haben deutlich gemacht, dass der Mensch immer wieder extremen Naturereignissen ausgesetzt sein wird. Auch wenn sich die Ursachen nicht vorschnell festmachen lassen: Das Ausmaß der Katastrophe zeigt, dass alles daran gesetzt werden muss, menschliche Eingriffe in die natürliche Umwelt und die Veränderung der klimatischen und meteorologischen Randbedingungen einzuschränken. Hochwasser lassen sich in der Regel nicht verhindern. Ihr Ausmaß aber gilt es zu begrenzen. Von Menschen verursachte Veränderungen, wie die Begradigung von Bächen und

Flüssen, die intensivere Nutzung von Überschwemmungsflächen und die großflächigen Entwässerungen, begünstigen Hochwasser oder verschlimmern sie. Zugleich sind Wasserstraßen auch umweltfreundliche Verkehrsträger. Denn ihre Nutzung hilft, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermindern.

Die Anzeichen für Veränderungen von Klima und Wetter mitten in Europa lassen erwarten, dass wir uns in Zukunft auf häufigere extreme Situationen einstellen müssen. Dem gilt es Rechnung zu tragen in der Klimaschutz- und Wasserpolitik.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hatte wesentlich dazu beigetragen, dass bei der Konferenz von Rio die Grundlage für eine globale Strategie für Umwelt und Entwicklung gelegt wurde. Die daraus entstandene Klimaschutzpolitik ist von uns vorangetrieben (Kyoto-Protokoll) und in eine nationale Klimaschutzpolitik umgesetzt worden, deren Ziele bis heute gelten. Deutschland hatte bis 1998 eine Vorreiterrolle im Klimaschutz.

Die aktuelle Verschärfung der Hochwassergefahren erfordert unabhängig von der Klimaschutzpolitik eine nachhaltige und effiziente Vorsorge und Schutzstrategie wie sie an Rhein, Donau, Mosel, Saar und Oder bereits bestehen oder in Arbeit sind. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Verlustes von Menschenleben, der verheerenden Zerstörungen, der volkswirtschaftlichen und persönlichen Schäden sind alle Anlieger-Länder gefordert, eine gemeinsame Strategie für den Hochwasserschutz ohne Rücksicht auf nationale und internationale Grenzen zu entwickeln und umzusetzen.

In diesem Sinne hatten die unionsgeführte Bundesregierung und der damalige Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, bereits vor fast genau acht Jahren auf nationaler Ebene die Grundlage für einen sanften Elbausbau geschaffen und damit einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Gemeinsam mit den Umweltverbänden war hierzu am 5. September 1996 die Elbe-Erklärung unterzeichnet worden.

Die rot-grüne Bundesregierung ist grundlos von diesem nachhaltigen und schlüssigen Konzept abgegangen.

Deshalb muss die Grundidee des sanften Elbausbaus umgehend wieder aufgegriffen und konsequent umgesetzt sowie die Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) verstärkt werden.

Die Schwerpunkte hierbei sind:

- Grundsätze zur Erhaltung und Wiederherstellung des natürlichen Wasserrückhalte- und Speichervermögens sowohl in der Landschaft aber auch in Gewässern und Auen,
- Grundsätze für die Nutzung bzw. Nutzungsverbote in Überschwemmungsgebieten,
- Grundsätze für den technischen Hochwasserschutz,
- Grundsätze für den Wettervorhersage- und Hochwassermelde- und -vorhersagedienst.

Die Arbeit der IKSE muss schnellstmöglich Ergebnisse erzielen und sowohl ökologische Kriterien wie die Sicherheit der Menschen berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund dieser Gefahr sowie der aktuellen Ereignisse bietet die Oktobertagung 2002 der IKSE eine Plattform zur Überarbeitung und Anpassung der Hochwasserschutzstrategie und zur Verwirklichung des grenzüberschreitenden Hochwasserschutzes. In diese Arbeiten ist die Arbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE) im Hinblick auf die Vorsorge bei der Gewässergüte einzubeziehen. Die kurz vor der Herausgabe stehende Gewässergütekarte Elbe belegt, welche Erfolge bis zum August 2002 zu verzeichnen waren.

Hier ist eine Grundlage für die Bemessung des Verlustes an Gewässergüte, die für die Gesundheitsvorsorge des Menschen genauso bedeutend ist wie für Fauna und Flora.

Ein vorsorgender Hochwasserschutz muss die Flut bereits im Entstehen entschärfen. Daher sind flankierend zur Sicherung der Auen auch Renaturierungsmaßnahmen an Bächen und Flüssen notwendig, denn sie sind das Einzugsgebiet großer Ströme. Die Wasseraufnahmekapazitäten unserer Böden müssen wieder erhöht werden. Dies ist eine Generationenaufgabe. Wenn die Minderung der Schadens- und Hochwasserrisiken, ein besseres Wissen um die Gefahren und die Verbesserung der Vorhersagen erfolgreich sein sollen, muss berücksichtigt werden, dass

- eine flussgebietsbezogene Betrachtung zum Hochwasserschutz – unabhängig von politischen und staatlichen Grenzen – erforderlich ist,
- innerhalb eines Flussgebietes Unterlieger durch Maßnahmen der Oberlieger beeinflusst werden,
- das Gewässermanagement bereits an der Quelle auch der Nebenflüsse beginnt,
- Hochwasserschutzinteressen an grenzüberschreitenden Gewässern international koordiniert werden müssen und vorbeugender Hochwasserschutz nach abgestimmten Kriterien durchgeführt werden sollte,
- Konzepte die Hochwasservorsorge, Naturschutz und die Anliegen der Schifffahrt verbinden.

Insgesamt besteht ein nachhaltiger und umweltgerechter Hochwasserschutz aus einem sinnvoll vernetzten Maßnahmenbündel für den natürlichen Hochwasserrückhalt auf der gesamten Fläche des Einzugsgebietes sowie in Gewässern und Auen, dem technischen Hochwasserschutz, vor allem durch Deiche, Sperrwerke, Rückhaltebecken und Talsperren sowie der weitergehenden Vorsorge, wie Flächen-, Bau- und Risikovorsorge.

Die aktuellen Ereignisse müssen insgesamt über nationale, regionale und parteipolitische Grenzen hinweg zu einer verbesserten internationalen und zu einer vorbehaltlosen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern führen. Neben der Schadenshilfe muss kurzfristig für den Hochwasserschutz im Binnenland eine Priorität im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ gesetzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Flutschäden so bald wie möglich überwunden werden können;
2. die Zusammenarbeit mit den Ländern zu verstärken;
3. die internationale Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz zu intensivieren;
4. kurzfristig folgende Maßnahmen zu ergreifen:
  - die Fähigkeiten zur Vorhersage extremer meteorologischer und gewässerkundlicher Ereignisse zu verstärken,
  - die Kommunikation über Hochwasserabläufe und Pegelstände zwischen Bundes- und Landesbehörden, insbesondere aber zu den Verantwortlichen vor Ort erheblich zu verbessern,
  - ein Sofortprogramm zur Schließung der Deichlücken und zur Ertüchtigung von alten Deichen zusammen mit den Ländern aufzulegen,

- gesundheitliche Vorsorge durch flächendeckende Impfprogramme, soweit erforderlich, durchzuführen;
- 5. ein Industrierisikokataster einschließlich verbesserter Kennzeichnungspflichten im Interesse der jetzt vorhandenen Arbeitsplätze einzuführen;
- 6. mit Blick auf die Elbe
  - die internationale Zusammenarbeit inner- und außerhalb der IKSE zu intensivieren,
  - das Monitoring auch der Nebenflüsse, insbesondere im mittleren Elbebereich, im Hinblick auf Altlasten, Verfrachtungen von Grundwasserbelastungen und Veränderung von Grundwasserfließrichtungen zu verbessern,
  - auf der Basis der Vereinbarung (Elbe-Erklärung) zwischen dem damaligen Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, und den Umweltverbänden eine ökologisch verträgliche Erhaltung der Schiffbarkeit der Elbe als Alternative für den Güterstraßenverkehr sicherzustellen;
- 7. auch beim Weltgipfel in Johannesburg die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Die Europäische Union und die nationale Politik sind hier in der Verantwortung. Wenn eine globale Klimapolitik gelingen soll, muss eine größere Anstrengung bei der Bereitstellung von Kapital unternommen werden. Deutschland muss seine Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik wieder zurückgewinnen.

Berlin, den 29. August 2002

**Kurt-Dieter Grill**  
**Dr. Peter Paziorek**  
**Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)**  
**Klaus Brähmig**  
**Matthias Wissmann**  
**Dirk Fischer (Hamburg)**  
**Dr. Christian Ruck**  
**Cajus Caesar**  
**Marie-Luise Dött**  
**Georg Girisch**  
**Helmut Lamp**  
**Dr. Paul Laufs**  
**Vera Lengsfeld**  
**Bernward Müller (Jena)**  
**Franz Obermeier**  
**Christa Reichard (Dresden)**  
**Hans-Peter Repnik**  
**Hans Peter Schmitz (Baesweiler)**  
**Werner Wittlich**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**